

innenausschuss@landtag.ltsh.de

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/6118

UNSER AKTENZEICHEN: 386.00

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzesentwurf der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/die Grünen, FDP und SSW

Drucksache 20/3684

Sehr geehrter Herr Kürschner,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst bedanken wir uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur geplanten Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein.

Wir begrüßen die beabsichtigte Aufnahme zur Schaffung und Erhaltung angemessenen und bezahlbaren Wohnraums in die Landesverfassung als Staatszielbestimmung ausdrücklich.

Es handelt sich hierbei um eine Forderung, die seit Jahrzehnten Gegenstand unseres Forderungsprogrammes ist, da ihr nach unserer Auffassung überragende Bedeutung zukommt.

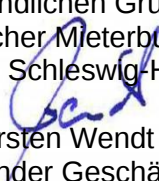
Unsere Organisation hatte ja bereits 2019 gemeinsam mit dem Sozialverband Schleswig-Holstein eine Volksinitiative initiiert, die zum Ziel hatte, das Recht auf angemessenes und bezahlbares Wohnen in die Schleswig-Holsteinische Landesverfassung aufzunehmen. Knapp 40.000 Unterschriften kamen schon damals zusammen, allein es fehlte letztlich der politische Wille zur Umsetzung.

Allenthalben hört man zu Recht, dass es sich beim Thema Wohnen um die zentrale soziale Frage bzw. Aufgabenstellung unserer Zeit handelt. Dies vollkommen zurecht. Wir sind der festen Überzeugung, dass nicht zuletzt die Bereitschaft vieler, sich auf dem Boden demokratischer Prinzipien zu bewegen, mit der Zufriedenheit ihrer Wohnsituation in engem Zusammenhang steht. Wer sich in seinem Zuhause nicht wohl fühlt, radikalisiert sich eher als jemand der mit seinem Lebensmittelpunkt zufrieden ist. Die Bedeutung, die Bevölkerung ausreichend mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum zu versorgen ist daher unseres Erachtens eine maßgebliche und notwendige Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.

Kiel, den 17.11.2022

Gerade aber wegen der überragenden Bedeutung dieses Gutes sind wir über die Formulierung, dass die politischen Entscheidungsträger lediglich auf diese Zielvorgabe hinwirken sollen, enttäuscht. Wir sind der Überzeugung, dass es hier eines stärkeren Signals bedarf. Dies könnte etwa erreicht werden, indem statt der Vorgabe des „Hinwirkens“ ein Sicherstellen bzw. ein Gewährleisten formuliert wird. Die gesetzliche Regelung in der Landesverfassung muss unter Verweis auf das vorstehende ein starkes Zeichen aussenden, die das Land und die Gemeinden unmissverständlich bindet.

Mit freundlichen Grüßen
Deutscher Mieterbund
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Carsten", is written over the printed name.

Carsten Wendt
stellvertretender Geschäftsführer